

Russland und der Westen

Wahrnehmungen und Einschätzungen
der Deutschen

13. April 2018
q8356/36172 Gü/Le

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Datengrundlage

Im Auftrag der Wiese Consult GmbH hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH untersucht, wie die gegenwärtige Verschärfung des Ost-West-Konflikts von den Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen und bewertet wird. Inhalt der Untersuchung war zudem, welche Ausrichtung die deutsche Außenpolitik nach Meinung der Bürger haben sollte und ob der von der SPD-Führung und vom neuen Außenminister Heiko Maas vorgenommene Schwenk in der Russlandpolitik für richtig befunden wird oder nicht.

Besonderer Wert wurde bei der Untersuchung darauf gelegt, wie die Wähler und Mitglieder der SPD die Verschärfung des Konflikts zwischen Russland und dem Westen sowie den Schwenk der SPD in ihrer Russlandpolitik bewerten.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden insgesamt 2.025 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger – darunter 412 SPD-Wähler – befragt. Zusätzlich wurden auch 506 SPD-Mitglieder um ihre Einschätzung gebeten.

Die Befragung wurde mithilfe computergestützter Telefoninterviews in der Zeit von 10. bis 13. April 2018 durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (+/- 2,5 Prozentpunkte bei der Bevölkerungsbefragung; +/- 4 Prozentpunkte bei der Befragung der SPD-Mitglieder) auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten bzw. der SPD-Mitglieder übertragen werden.

1. Einschätzung der Sanktionen gegen Russland

Die Einschätzung Großbritanniens und anderer westlicher Länder, dass für den Nervengiftanschlag auf den russisch-britischen Doppelagenten Skripal und seine Tochter in Großbritannien Russland verantwortlich sei, glauben 46 Prozent aller Bundesbürger. 28 Prozent glauben das nicht; 26 Prozent können kein Urteil darüber abgeben, wer für den Anschlag verantwortlich ist.

Von den Anhängern der CDU/CSU glauben 56, von den SPD-Anhängern 46 und von den SPD-Mitgliedern 38 Prozent, dass Russland für den Anschlag verantwortlich ist.

▪ Verantwortung für den Nervengiftangriff in Großbritannien

Es glauben, dass Russland für den Nervengiftangriff auf den Doppelagenten Skripal verantwortlich ist

	ja %	nein %	weiß nicht %
insgesamt	46	28	26
Ost	35	38	27
West	48	26	26
Wähler der:			
CDU/CSU	56	19	25
FDP	47	26	27
Grünen	54	16	30
Linke	28	44	28
AfD	29	55	16
SPD	46	29	25
Mitglieder der SPD	38	41	21

Obwohl die Hälfte der Bundesbürger Russland die Schuld an dem Anschlag gibt, hält nur eine Minderheit von 23 Prozent die Ausweisung von Diplomaten aus Deutschland als Reaktion auf den Anschlag für richtig. 69 Prozent sind der Meinung, dass diese Reaktion zu heftig gewesen sei.

Dies meinen auch 71 Prozent der SPD-Wähler und 78 Prozent der SPD-Mitglieder.

▪ Meinungen zur Ausweisung russischer Diplomaten aus Deutschland

		Die Ausweisung russischer Diplomaten aus Deutschland war richtig		
		ja %	nein %	weiß nicht %
insgesamt		23	69	8
Ost		12	77	11
West		24	67	9
Wähler der:	CDU/CSU	27	64	9
	FDP	26	67	7
	Grünen	26	64	10
	Linke	15	78	7
	AfD	16	77	7
	SPD	23	71	6
Mitglieder der SPD		20	78	2

Auch die schon länger gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen sollten nach Meinung von mehr als der Hälfte aller Bundesbürger (55 %) nicht verschärft, sondern langsam abgebaut werden. Für eine Verschärfung plädiert nur eine kleine Minderheit von 13 Prozent. 26 Prozent meinen, die Sanktionen sollten unverändert beibehalten werden.

Von den SPD-Wählern und -Mitgliedern halten jeweils 58 Prozent einen Abbau der Sanktionen für richtig.

▪ Meinungen zu den Wirtschaftssanktionen gegen Russland

		Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland sollten		
		verschärft werden %	langsam abgebaut werden %	unverändert beibehalten werden % *)
insgesamt		13	55	26
Ost		8	64	21
West		14	54	27
Wähler der:	CDU/CSU	13	54	29
	FDP	16	51	28
	Grünen	18	43	32
	Linke	9	72	14
	AfD	14	67	15
	SPD	9	58	29
Mitglieder der SPD		4	58	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass sich eine Mehrheit der Bundesbürger für einen Abbau der gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen ausspricht, mag auch damit zusammenhängen, dass eine Mehrheit von 57 Prozent aller Bundesbürger in Deutschland Russland für einen verlässlichen Lieferanten von Erdgas hält, das zur Sicherstellung der Energieversorgung in Deutschland benötigt wird.

Von den SPD-Wählern halten 64, von den SPD-Mitgliedern sogar 78 Prozent Russland für einen verlässlichen Energielieferanten.

- **Einschätzung der Zuverlässigkeit Russlands als Energielieferant**

		Russland ist ein verlässlicher Lieferant von Erdgas		
		ja	nein	weiß nicht
		<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt		57	40	3
Ost		66	32	2
West		55	42	3
Wähler der:	CDU/CSU	54	44	2
	FDP	55	45	0
	Grünen	46	50	4
	Linke	66	30	4
	AfD	69	30	1
	SPD	64	36	0
Mitglieder der SPD		78	21	1

Da Erdgas nach Einschätzung vieler Bundesbürger neben den erneuerbaren Energien noch eine geraume Zeit zur Sicherstellung der Energieversorgung in Deutschland benötigt wird, hält auch eine Mehrheit von 59 Prozent aller Bundesbürger die Erweiterung der bestehenden Ostsee-Pipeline zur direkten Lieferung von russischem Erdgas nach Deutschland und Europa für richtig.

Von den SPD-Wählern halten 65, von den SPD-Mitgliedern 70 Prozent den Bau von „Nordstream 2“ für richtig.

▪ Meinungen zu Nordstream 2

		Den Bau einer zweiten Ostsee-Pipeline („Nordstream 2“) halten für		
		richtig	nicht erforderlich	weiß nicht
		%	%	%
insgesamt		59	26	15
Ost		60	26	14
West		59	26	15
Wähler der:	CDU/CSU	64	23	13
	FDP	69	19	12
	Grünen	42	37	21
	Linke	54	28	18
	AfD	72	20	8
	SPD	65	22	13
Mitglieder der SPD		70	22	8

2. Meinungen zur Verschärfung des Ost-West-Konflikts

Für die gegenwärtige Verschärfung des Ost-West-Konflikts sind nach Meinung von 50 Prozent der Bürger in Deutschland hauptsächlich die USA verantwortlich. 25 Prozent meinen, Russland trage dafür die Verantwortung. 7 Prozent machen die Staaten der Europäischen Union, 8 Prozent alle Beteiligten gleichermaßen für die Verschärfung des Konflikts verantwortlich.

▪ Schuld an der Verschärfung des Ost-West-Konflikts

Für die gegenwärtige Verschärfung des Ost-West-Konflikts ist hauptsächlich verantwortlich

	die USA	Russland	die EU	alle gleichermaßen *)
	%	%	%	%
insgesamt	50	25	7	8
Ost	58	16	10	8
West	48	27	7	8
Wähler der:				
CDU/CSU	49	32	4	9
FDP	53	29	9	5
Grünen	44	30	5	12
Linke	57	15	11	8
AfD	52	17	20	3
SPD	52	26	5	9
Mitglieder der SPD	43	25	5	16

Trotz der gegenwärtigen Verschärfung des Ost-West-Konflikts hat nur eine kleine Minderheit der Bundesbürger (17 %) Angst vor Russland bzw. den Russen. Die große Mehrheit von 83 Prozent hat keine Angst.

Von den SPD-Wählern haben 14, von den SPD-Mitgliedern nur 5 Prozent Angst vor Russland.

- **Angst vor Russland?**

Persönlich haben Angst vor Russland und den Russen

		ja %	nein %
	insgesamt	17	83
	Ost	14	86
	West	18	82
Wähler der:	CDU/CSU	22	78
	FDP	16	84
	Grünen	21	79
	Linke	11	89
	AfD	14	86
	SPD	14	86
	Mitglieder der SPD	5	95

Über drei Viertel aller Bundesbürger (79 %) glauben, dass vom amtierenden amerikanischen Präsidenten Donald Trump eine größere Gefährdung des Weltfriedens ausgeht als vom gerade wiedergewählten russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dass von Putin eine größere Gefahr für den Weltfrieden ausgehe, meinen nur 13 Prozent aller Bundesbürger in Deutschland.

Von den SPD-Wählern glauben 84, von den SPD-Mitgliedern 82 Prozent, dass von Trump eine größere Gefährdung des Weltfriedens ausgeht.

▪ Eine größere Gefährdung des Weltfriedens durch Putin oder Trump?

Eine größere Gefährdung des Weltfriedens geht aus von

	Wladimir Putin %	Donald Trump %	beiden gleichermaßen %
insgesamt	13	79	8
Ost	10	81	9
West	13	79	8
Wähler der:			
CDU/CSU	17	75	8
FDP	18	74	8
Grünen	9	85	6
Linke	6	87	7
AfD	16	73	11
SPD	10	84	6
Mitglieder der SPD	8	82	10

3. Das Verhältnis von Russland zu Deutschland und Europa

Fast zwei Drittel aller Bundesbürger (63 %) sind der Auffassung, dass die westlichen Länder alles tun sollten, damit sich Russland als Teil Europas fühlt. Nur eine Minderheit von einem Viertel (26 %) meint, man sollte die Unterschiede zwischen Russland und den Staaten der Europäischen Union ohne Rücksicht auf die Empfindsamkeiten Russlands betonen.

Von den SPD-Wählern sprechen sich 68, von den SPD-Mitgliedern 76 Prozent dafür aus, alles zu tun, dass sich Russland als Teil Europas fühlt.

- **Russland und Europa**

		Man sollte alles tun, damit sich Russland als Teil Europas fühlt	
		ja	nein, *)
			man sollte die Unterschiede zwischen Russland und den Staaten der EU ohne Rücksicht auf die Empfindsamkeiten Russlands betonen
		%	%
insgesamt		63	26
Ost		72	15
West		61	28
Wähler der:	CDU/CSU	63	28
	FDP	60	30
	Grünen	57	29
	Linke	73	17
	AfD	65	30
	SPD	68	24
Mitglieder der SPD		76	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Gute Beziehungen zwischen Russland und Deutschland halten fast alle Bundesbürger (94 %) für wichtig. In dieser Einschätzung unterscheiden sich die Ost- und Westdeutschen sowie die Anhänger der einzelnen Parteien und auch die SPD-Mitglieder nicht.

- Die Bedeutung guter Beziehungen zwischen Russland und Deutschland

		Gute Beziehungen zwischen Russland und Deutschland sind	
		wichtig	weniger wichtig *) bzw. unwichtig
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt		94	5
Ost		95	4
West		94	5
Wähler der:	CDU/CSU	96	3
	FDP	93	7
	Grünen	94	4
	Linke	93	4
	AfD	94	5
	SPD	95	4
Mitglieder der SPD		98	2

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Allerdings schätzt die große Mehrheit der Bürger in Deutschland (79 %) die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland als weniger gut bzw. schlecht ein. Nur relativ wenige (19 %) schätzen die augenblicklichen Beziehungen zwischen beiden Ländern als gut ein.

Die Einschätzung der SPD-Wähler und -Mitglieder unterscheidet sich nicht vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten im Lande.

▪ **Einschätzung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland**

		Die augenblicklichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland sind	
		gut	weniger gut *) bzw. schlecht
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt		19	79
Ost		16	82
West		20	78
Wähler der:	CDU/CSU	25	73
	FDP	16	83
	Grünen	15	84
	Linke	14	82
	AfD	18	80
	SPD	20	78
Mitglieder der SPD		19	80

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Weil gute Beziehungen zwischen Russland und Deutschland von den meisten Bundesbürgern für wichtig gehalten werden, halten es auch die meisten Bundesbürger (89 %) für vorrangig, dass die europäischen Staaten eine von den USA eigenständige Außenpolitik betreiben, bei der auch die russischen Interessen berücksichtigt werden. Dass eine enge Anbindung an den Westen und die USA sowie eine klare Distanz zu Russland vorrangig sei, glaubt nur eine Minderheit aller Bundesbürger sowie der SPD-Wähler und SPD-Mitglieder.

▪ Vorrangige Ziele der deutschen Außenpolitik

		Vorrangig sollte sein	
		eine möglichst enge Anbindung an den Westen und die USA und eine klare Distanz zu Russland	eine eigenständige Außenpolitik der europäischen Staaten, bei der auch russische Interessen berücksichtigt werden
		%)	%)
insgesamt		6	89
Ost		2	93
West		7	88
Wähler der:	CDU/CSU	8	88
	FDP	13	85
	Grünen	4	90
	Linke	3	92
	AfD	7	91
	SPD	4	91
Mitglieder der SPD		2	97

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Der Schwenk der SPD-Spitze und von Außenminister Heiko Maas mit einer im Vergleich zur bisherigen Politik der SPD und ihrer Außenminister Steinmeier und Gabriel härteren Gangart in der Russlandpolitik halten nur 20 Prozent aller Bundesbürger für richtig, 68 Prozent aber für nicht richtig.

Von den SPD-Wählern halten 72, von den SPD-Mitgliedern 81 Prozent den Schwenk in der Russland- und Außenpolitik für falsch.

- Meinungen zum Kursschwenk der SPD in der Außenpolitik

Der Schwenk der SPD-Spitze und von Außenminister Heiko Maas mit einer härteren Gangart in der Russlandpolitik ist richtig

	ja %	nein %	weiß nicht %
insgesamt	20	68	12
Ost	12	77	11
West	22	66	12
Wähler der:			
CDU/CSU	22	69	9
FDP	29	64	7
Grünen	25	60	15
Linke	11	76	13
AfD	19	75	6
SPD	18	72	10
Mitglieder der SPD	13	81	6

Der Schwenk der SPD-Führung in der Russlandpolitik wurde in den Medien als Abkehr von der bisherigen Tradition der von der SPD befürworteten Linie der Entspannungspolitik – so wie sie von den SPD-Kanzlern Brandt, Schmidt und Schröder, aber auch von den SPD-Außenministern Steinmeier und Gabriel praktiziert wurde – gewertet. Eine solche Abkehr vom bisherigen Kurs der SPD wird ebenfalls nur von einer Minderheit für richtig, von einer großen Mehrheit jedoch für falsch gehalten.

▪ Meinungen zur Abkehr der SPD von der früheren Entspannungspolitik

Dass Teile der SPD auf mehr Distanz zu Russland gehen und eine stärkere Verankerung Deutschlands im westlichen Lager wollen und damit eine Abkehr von der bisherigen Entspannungspolitik vollziehen, halten für richtig

	ja %	nein %	weiß nicht %
insgesamt	19	71	10
Ost	11	78	11
West	20	70	10
Wähler der:			
CDU/CSU	22	70	8
FDP	21	72	7
Grünen	24	67	9
Linke	12	81	7
AfD	19	74	7
SPD	18	76	6
Mitglieder der SPD	8	89	3